

Einladung zum 6. WRB-Anlass

1. Teil:

Wann: **Freitag, 13. Februar 2015 19.15 – 21.30 Uhr**

Wo: SP Sekretariat in Solothurn, Rossmarktplatz 1
2. Stock Eingang rechts

Wer: öffentlicher Anlass

Kosten: keine, freie Kollekte

2. Teil:

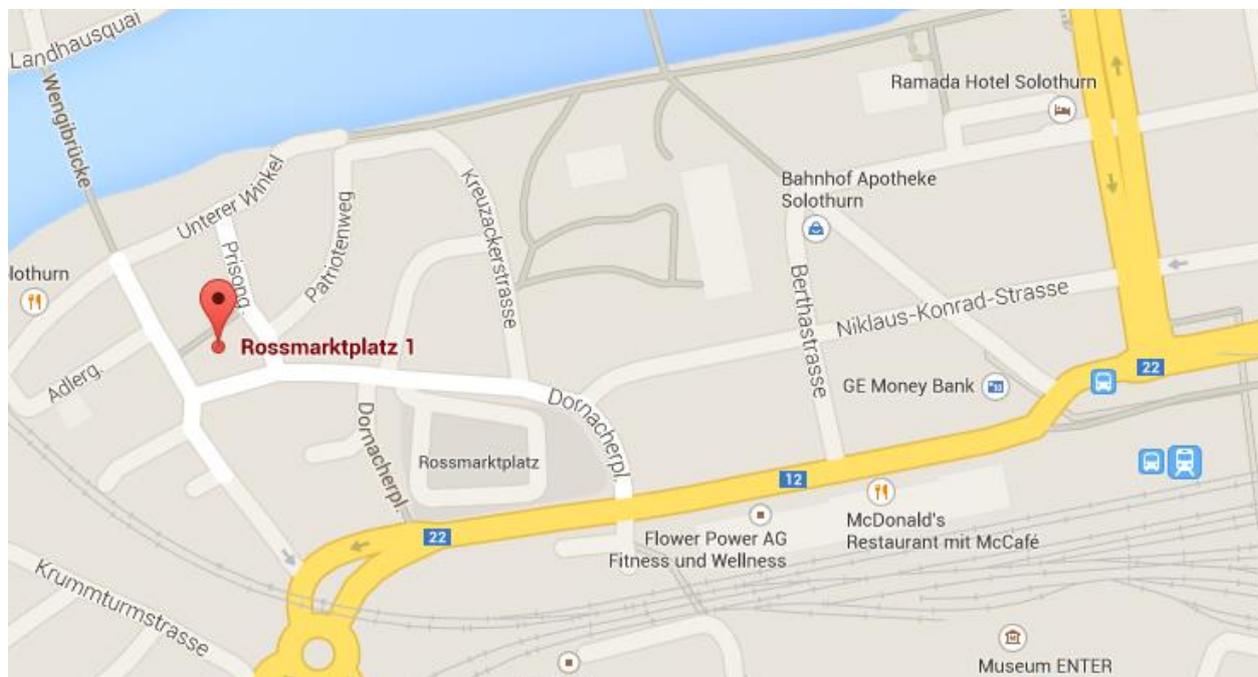
Wann: **Samstag, 21. Februar 2015 09.15 – 12.30 Uhr**

Wo: SP Sekretariat in Solothurn, Rossmarktplatz 1
2. Stock Eingang rechts

Wer: öffentlicher Anlass

Kosten: keine, freie Kollekte

Lageplan Rossmarktplatz 1 in Solothurn



Thema des WRB-Werkstattanlass in Solothurn

„Die unvollendete Demokratie: welche notwendigen Reformen sind unsere Prioritäten?“

Das Mosaik der Demokratie

30.10.2014

Wie können wir ein gemeinsames Demokratieverständnis entwickeln? Wie die Erosion der Demokratie erkennen und dann herausfinden, wie wir sie neu ermächtigen können? Andreas Gross schreibt eine Auslegeordnung zum Auftakt seiner Kolumne, die exklusiv in der TagesWoche erscheint. **Von Andreas Gross**

Die Demokratie gehört mit der Freiheit und der Gerechtigkeit zu den in der Schweiz am häufigsten gebrauchten politischen Begriffen. Er ist auch einer der am positivsten besetzten Begriffe. Den Satz «Das ist doch nicht demokratisch» hören Sie immer wieder und in ganz unterschiedlichen Zusammenhängen. Immer ist er gleichsam ein Aufschrei gegen ein ungerechtes Prozedere oder ein ungerechtes Resultat; prosaischer gesagt: Es soll damit auf eine falsche Entscheidung oder ein unangemessenes Entscheidungsverfahren hingewiesen werden.

In den USA heisst es dann jeweils «It's against the law», in Deutschland «Das widerspricht dem [Grundgesetz](#)», in Frankreich «Das ist ungerecht», bei uns ganz einfach «Das ist doch undemokratisch». In den USA schlägt man dann im Gesetz nach, in Deutschland wird das Grundgesetz konsultiert, und in der Schweiz beginnen wir über die Demokratie zu streiten – einigen können wir uns dabei aber selten, weil wir keinen klaren, gemeinsamen Begriff der Demokratie haben, auf den wir uns alle beziehen könnten.

Ein Begriff und viele Interpretationen

In Anlehnung an den bekannten Spruch – zwei Juristen, drei Meinungen – können wir fast sagen, so viele Bürgerinnen und Bürger es gibt, so viele Demokratieverständnisse existieren. Das ist fatal. Denn wenn ein Anspruch fast allen wichtig ist und fast alle auf ihn Bezug nehmen, kommt ihm zwar eine hohe Legitimationskraft zu. Wenn er aber inhaltlich beliebig wird, wenn gar nicht mehr klar ist, was eigentlich damit gemeint ist, dann verliert er nicht nur seine Erklärungskraft, sondern er kann auch nicht mehr als Massstab dienen.

So können wir uns auch nicht mehr einigen, wie die Demokratie verteidigt werden muss. Oder wie sie reformiert und den veränderten Lebensumständen angepasst werden sollte, um ihren Anspruch wieder realisieren zu können.

Noch schlimmer, wir merken gar nicht mehr, dass wir drauf und dran sind, die Demokratie zu verlieren. Mässig, aber regelmässig. Sie zerbröselt uns zwischen den

Fingern, doch wir merken es nicht. Und so bringen wir auch die politische Kraft nicht mehr zusammen, die es braucht, den Niedergang der Demokratie aufzuhalten beziehungsweise mit dem Neubau, Umbau und der Erweiterung unserer politischen Institutionen die Demokratie wieder zu stärken.

Ein Mosaik aus mindestens 200 Steinchen

Dies zu ändern ist das Ziel dieser Kolumne. Eins nach dem anderen wollen wir versuchen, uns auf ein gemeinsames Demokratieverständnis zu verständigen, die Erosion der Demokratie illustrieren und dann zeigen, wie wir sie neu ermächtigen und ihr Primat gegenüber der Marktmacht wiederherstellen können.

Die Demokratie ist ein politisches Gesamtkunstwerk; ein Mosaik aus mindestens 200 Steinchen – Rechten, Verfahren, Institutionen, gesellschaftlichen Einrichtungen, individuellen Fähigkeiten, sozialen Errungenschaften – die alle zusammen einem jeden und einer jeden ermöglichen sollten, frei zu sein und die damit notwendigerweise verbundenen Konflikte gewaltfrei austragen und überwinden zu können.

Wobei Freiheit das Recht, die Möglichkeit und Fähigkeit bedeutet, mit anderen Menschen zusammen, die gemeinsamen Lebensgrundlagen mitgestalten zu können. Das Leben darf kein Schicksal sein – das war seit der Französischen Revolution der Anspruch an die Demokratie.

Die Märkte regieren

Zur Eigenart dieses Gesamtkunstwerks gehört, dass einige seiner Teilchen permanent in Veränderung sind, das heisst sich progressiv oder regressiv entwickeln, und die Qualität des Ganzen von der Art abhängig ist, wie die einzelnen Mosaiksteinchen miteinander verknüpft sind. So nützt uns das Wahlrecht wenig, wenn wir keine politische Öffentlichkeit haben, die [pluralistisch](#) ist und in der die verschiedenen Parteien und ihre Kandidaten ihre Zukunftsvorstellungen verständlich machen können.

Schliesslich muss der Ort des Mosaiks der Demokratie beziehungsweise deren Organisation auch dem Ort entsprechen, wo über die Produktion des Reichtums dieser Welt entschieden wird. Und hier herrscht heute eine ganz grosse Diskrepanz.

Die Demokratie beschränkt sich immer noch auf den (National-)Staat; die Wirtschaft jedoch wirkt längst auf transnationalen, globalen Märkten. Diese bemächtigen sich heute der Staaten und deren Rest-Demokratien und Letztere sind längst zu schwach, um die Märkte zu zivilisieren. Deshalb sind heute alle Demokratien zu klein geworden für die grossen Fragen (und Verwirklichung der wichtigsten Versprechen) – und zu gross für die kleinen!

Ohne Zivilgesellschaft keine Demokratie

15.11.2014

Demokratie ist ein ewiger Prozess. Er kennt kein Ende, kann aber immer und überall einen Anfang finden. Damit eine demokratische Revolution gelingen kann, braucht es eine starke Zivilgesellschaft. Das lässt sich im arabischen Raum gegenwärtig gut beobachten. **Von Andreas Gross**

Die Idee, sich die Demokratie als Mosaik von Hunderten sich bewegender Elemente vorzustellen, die jedes für sich und alle zusammen auch in ihrer Beziehung zueinander die Qualität der Demokratie ausmachen, ist ganz praktisch. Deshalb begegnet man ihr derzeit immer wieder an verschiedenen Orten und in ganz unterschiedlichen Zusammenhängen.

An den Orten, wo viele unter der Regression des Prozesses der Demokratie leiden, erlaubt dieses Konzept die Benennung konkreter Defizite und verdrängter Ansprüche. Dort, wo der Fortschritt des demokratischen Prozesses deutlich wird, ermöglicht dieses Konzept dessen Analyse. Und zwar derart, dass an wiederum anderen Orten, wo der demokratische Prozess noch gar nicht richtig in Gang gekommen ist, viele merken, woran sie arbeiten müssen, um diesen Prozess zu starten.

Dies im Wissen, dass die Demokratie ein ewiger Prozess ist, der nie zu Ende sein wird – es gibt schliesslich nirgends und niemals eine perfekte, vollendete Demokratie –, dass aber keine Lebensumstände oder gesellschaftlichen Bedingungen zu schlimm wären, um nicht mit diesem Prozess zu beginnen. Das heisst, der Prozess der Demokratie ist nie zu Ende, kann aber immer und überall einen Anfang finden. Ein Gedanke, den der ehemalige portugiesische Präsident Jorge Sampaio kürzlich in Lissabon ins schöne Bild fasste, die Demokratie sei eben kein Ziel, sondern eine lange, nie endende Reise.

Die Indignados aus Spanien rufen nach einer «wahrhaften Demokratie»

Das Land, in dem die Regression der Demokratie derzeit in Europa wohl am intensivsten diskutiert wird, ist Spanien. Seit dem Sommer 2011, als Hunderttausende vor allem junge und arbeitslose Spanierinnen und Spanier – sie nannten sich selber die Indignados (Die Empörten) – wochenlang die grossen Plätze unzähliger Städte belagerten, wird um deren Forderung nach «wahrhafter und echter Demokratie» gerungen.

Der den Indignados nahestehende Intellektuelle Emmanuel Rodriguez erklärte in einer Streitschrift unter dem Titel «Die Hypothese Demokratie; 15 Thesen zur angekündigten Revolution», was unter dieser Forderung zu verstehen ist. Rodriguez beklagt, dass der Begriff Demokratie heute nur noch für eine «Gesamtheit von Institutionen» stehe. Und plädiert für die Rückbesinnung auf die Substanz des Begriffes Demokratie: die radikale Gleichheit eines jeden Menschen in der politischen Partizipation und in der Verteilung des Reichtums.

Damit illustriert Rodriguez einmal mehr, dass die Demokratie nicht nur all die Verfahren, Institutionen, Orte und Formen gesellschaftlich wesentlicher Entscheidungen meint, sondern auch ein normatives Versprechen bezüglich dem Ergebnis dieser Entscheidungen beinhaltet: dasjenige einer fairen Verteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums, einer gerechten Verteilung der Lebenschancen. Rodriguez meint denn auch, Spanien sei in vielerlei Hinsicht keine Demokratie, sondern eine «Oligarchie in den Händen einer politischen Klasse mit engen Bindungen an die Wirtschaftseliten».

Die drei wichtigsten Bausteine der tunesischen Revolution

Mohamed Bouazizi hatte genug von der Überheblichkeit und der Willkür, mit der ihm die Behörde der Kleinstadt Sidi Bouzid im Zentrum Tunesiens eine kleine Standbewilligung verweigerte. Sie verhinderte damit, dass Bouazizi, immerhin ein junger Mann mit abgeschlossenem Studium, sich und seine Familie als Gemüsehändler über die Runden bringen konnte. Seine Protestaktion – er zündete sich vor dem Stadthaus an – kostete ihn zwar das Leben. Doch es gelang ihm, eine eigentliche friedliche Revolution in Tunesien auszulösen.

Mehr als eine Million Menschen gingen auf die Strasse, der Diktator verschwand innert drei Wochen und eine grosse, alle bisher unterdrückten sozialen Kräfte der Revolution (Jugendliche, Arbeitslose, Menschenrechtler, Gewerkschafter, Frauen, Rechtsanwälte, Schriftsteller, Journalisten) repräsentierende Versammlung verständigte sich unter anderem auf ein neues Wahlrecht. Dieses erlaubte im Herbst 2011 die erste demokratische Wahl in der 55-jährigen Geschichte des unabhängigen Tunesiens zur Verfassungsgebenden Versammlung und Ende Oktober nun auch die Wahl des ersten wirklich demokratischen Parlamentes.

Die tunesische Revolution griff schnell auf die benachbarten Staaten und Regionen über und führte zu dem, was schnell im Anklang an den «europäischen Völkerfrühling von 1848» als «Arabischer Frühling» bezeichnet wurde. Doch dieser gelang bisher nur in Tunesien. Weshalb? Als er diese Frage zu beantworten hatte, verwies der erste postrevolutionäre Premierminister Beji Caid Essebsi, der durchaus in den Wahlen vom übernächsten Wochenende zum ersten Präsidenten des demokratischen Tunesiens gewählt werden könnte, auf drei weitere Bausteine jener Demokratie hin.

Essebsi erklärte vor den europäerätlichen Wahlbeobachtern Mitte Oktober: «Die tunesische Revolution 2011–2014 gelang, weil unser erster Präsident, der autoritäre Habib Bourgiba, nach der Unabhängigkeit Tunesiens 1956 drei fundamentale, damals besonders für diese Region einzigartige Errungenschaften realisierte: Er befreite die Frauen und realisierte ihre zivilrechtliche Gleichstellung, er ermöglichte allen den Zugang zur kostenlosen Primar- und Sekundarschule, und er löste eine wirtschaftliche Entwicklung aus, welche einen tunesischen Mittelstand entstehen liess.»

Ohne zivilgesellschaftliche Basis keine Demokratie

Obwohl Bourgiba kein lupenreiner Demokrat war, entwickelte sich in Tunesien unter seiner Vorherrschaft eine starke Zivilgesellschaft mit starken Frauenorganisationen, Gewerkschaften und Menschenrechtsgruppen. Sie waren es, welche im Januar 2011 der revolutionären Jugend unter die Arme griffen und vergangenes Jahr die an der zweiten postrevolutionären Regierung enttäuschende islamische Ennahda-Partei zum Rücktritt und zum nationalen Dialog zwang, der die Revolution rettete.

Eine solche organisations- und handlungsfähige zivilgesellschaftliche Basis, eine breite Bildung des Volkes und derart emanzipierte Frauen gibt es weder in Ägypten, Syrien oder gar Libyen. Ohne sie lässt sich eine demokratische Revolution kaum schaffen. Sie

gehören zu den wichtigsten Mosaiksteinen der Demokratie und ermöglichten in Tunesien etwas, was durchaus ein kleines politisches Kunstwerk werden könnte.

Diskussion als Seele der Demokratie

27.11.2014

Die Debatte über die Abschaffung der Schweizer Armee vor 25 Jahren offenbarte eine Schweiz, deren humanes Potenzial bis heute nicht ausgeschöpft wurde. **Von Andreas Gross**

Vor 25 Jahren ist auch in der Schweiz eine Mauer gefallen: die Schweizer Armee. Zwar begrenzte diese keinen Unrechts- und Willkürstaat. Doch sie stand vielerlei Einsichten im Weg, begrenzte politische Horizonte, machte die Enge noch enger, behinderte die Achtung von Menschenrechten und sozialisierte zu viele Männer in einer Art, wie sie diese selbst und die Schweiz ganz allgemein am wenigsten gebrauchen konnten.

Zwar fiel die Schweizer Armee nicht ganz und nicht genau gleich wie die Berliner Mauer. So gibt es sie im Unterschied zur Letzteren bis heute noch. Wenn auch um mehr als die Hälfte reduziert; und profanisiert wie irgendeine andere staatliche Einrichtung auch. Heute kann man über sie reden wie über die Alkoholverwaltung oder die Berufsschule. Und sie fiel auch nicht auf Befehl von oben oder weil sie von aussen nicht mehr gestützt worden wäre.

Ideen zur Sprache bringen

Die Berliner Mauer fiel, weil Millionen von DDR-Bürgerinnen und -Bürgern genug hatten von der massiven Beschränkung ihrer Lebenschancen. Im Sommer begannen Zehntausende, sich nach Osten, wo es lange keine Mauer geben musste, abzusetzen und sich der Unterdrückung zu entziehen. Im Herbst waren es dann Hunderttausende, die während sieben Wochen nicht mehr von den Strassen und Plätzen wichen und sich ganz unmittelbar – ohne die in der DDR fehlenden institutionellen Formen des Widerspruchs, der Kritik oder der Opposition – einer Herrschaft widersetzten, die sich nie wirklich um die Befindlichkeit der Menschen gekümmert hatte. Direkter, ausserinstitutioneller, ziviler Ungehorsam war das, der immer auch zur Demokratie gehört; vor allem dann, wenn alle anderen Formen der demokratischen Äusserung ausgeschöpft sind – oder eben gar nie existiert haben.

Die Schweizer Armeegegnerinnen und Armeegegner konnten sich dagegen eines Mitwirkungsinstrumentes bedienen, das andere demokratische Volksbewegungen zuvor erkämpft und 1891 in der Bundesverfassung verankert hatten: das Initiativrecht. Damit wollten die Pioniere der direkten Demokratie Ideen und Reformen zur Sprache bringen können, die im Parlament entweder übersehen und verdrängt wurden oder schlicht chancenlos waren.

Da ausser der Mehrheit des Initiativkomitees niemand, auch kein Bundesrat oder keine Parlamentsmehrheit, die Volksabstimmung über eine ordentlich zustande gekommene

Volksinitiative verhindern kann, verschafften diese Pioniere engagierten Bürgerinnen und Bürgern eine kommunikative Macht, die ihnen in der bloss indirekten Demokratie fehlt: Sie können der Gesellschaft jederzeit die Diskussion einer Frage aufdrängen, die diese aus welchen Gründen auch immer meiden möchte. Und die Diskussion eines Themas ist bekanntlich die Bedingung, wenn auch noch nicht die Garantie dafür, dass sich in diesem Themenbereich etwas ändert.

Dass sich ein gesellschaftliches Tabu wie die Schweizer Armee zur Anwendung dieser kommunikativen Macht besonders gut eignet, ist im Nachhinein jedem einsichtig. Zumal die Armee deshalb zum Tabu wurde, weil sich viel zu lange fast niemand mit der nationalen Lebenslüge, wonach das Militär die Schweiz vor den Nazis bewahrt hätte, wirklich auseinandersetzen mochte. Denn eine solche Debatte hätte das mit der Lebenslüge verbundene schlechte Gewissen der Nation berührt, was viele sehr geschmerzt hätte.

Doch anfänglich musste das Tabu auch bei jenen aufgebrochen und überwunden werden, welche sowohl intellektuell wie gefühlsmässig wussten, dass die Armee rational nicht mehr zu rechtfertigen war und dass sie im Frieden zerstörte, was sie im Krieg nicht verteidigen konnte. Dieser erste Tabubruch zwischen 1981 und 1985 war sehr anstrengend und nur möglich durch unzählige Diskussionen im Hinblick auf die Lancierung der Volksinitiative im Frühjahr 1985. In und dank diesen Tausenden von Diskussionen begannen viele, ihre besseren Einsichten vom Tabu zu befreien und entsprechend zu handeln.

Die Hälfte der Hälfte der Hälfte

Dies gelang umso häufiger und besser, je mehr die Angesprochenen merkten, dass sie nicht allein waren und andere diese Befreiung diskursiv auch schon vollzogen hatten. So sprachen in der Phase der Unterschriftensammlung zwischen März 1985 und September 1986 etwa tausend Engagierte eine Million wildfremde Menschen an, von denen sich etwa die Hälfte auf ein Gespräch einliess, davon wiederum die Hälfte Sympathien zeigte, wovon wiederum aber nur die Hälfte unterschrieb und die Initiative über die erste grosse Hürde brachte.

Diese enormen gesellschaftlichen Diskussionsanstrengungen vervielfachten sich anschliessend anhand Tausender von Anlässen und unzähliger Anstösse über Bücher, TV-Filme, Weindegustationen, Konzerte und simple Podiumsveranstaltungen. In diesen Gesprächen fanden immer mehr Schweizerinnen und Schweizer den Mut, ihren neuen und alten Einsichten zu folgen und sich vom Tabu zu lösen. So kamen am 26. November 1989 die 1'052'306 Ja-Stimmen (35,6 Prozent bei einer Stimmbeteiligung von über 70 Prozent) zusammen, welche der offiziellen Schweiz eine andere Schweiz offenbarten, von deren Existenz niemand wusste und deren humanes Potenzial bis heute nicht ausgeschöpft worden ist.

Gemeinwohl statt Geldherrschaft

11.12.2014

Bundesrätin Simonetta Sommaruga will verhindern, dass die direkte Demokratie der Schweiz von begüterten Interessenorganisationen und Verbänden ausgehöhlt wird. Helfen wir ihr dabei. **Ein Kommentar von Andreas Gross**

Andreas Gross Andreas Gross

Als die Bundespräsidentin des Jahres 2015, Simonetta Sommaruga, nach ihrer Wahl vergangene Woche vor die Bundesversammlung trat, bedankte sie sich nicht nur bei ihren Wählerinnen und Wählern, sondern versprach auch, sich vor allem um zwei Probleme zu kümmern, die unserer Zuwendung bedürfen. Sommaruga sagte, sie werde im Wahljahr 2015 «bei der direkten Demokratie einen Akzent setzen» und der «Konkordanz» besonders Sorge tragen.

Nicht ein Kommentator hierzulande fragte sich, weshalb sich Simonetta Sommaruga ausgerechnet diese zwei Aufgaben vornimmt, und ob wohl ein Zusammenhang zwischen ihnen besteht. Ich glaube auch hier nicht an den Zufall. Denn die Justizministerin war in den letzten beiden Jahren mindestens schon zweimal – von weiteren Versuchen war ausserhalb des Bundesratszimmers nichts zu vernehmen – im Kollegium aufgelaufen, als sie ganz vorsichtig eines der aktuell grössten Probleme der direkten Demokratie angehen wollte, nämlich deren Kolonialisierung durch das Geld.

Unklare Herkunft der Gelder

Zwar wird auch in der Schweiz für Abstimmungskampagnen immer mehr Geld ausgegeben, jeder Wahlkampf kostet einige Dutzend Millionen mehr als der vorangegangene. Die finanziellen Mittel sind bei den einzelnen Vorlagen häufig extrem ungleich verteilt, und die Herkunft der Gelder ist zwar meist Gegenstand von öffentlichen Vermutungen, doch genau weiss es keiner. Es scheint auch kaum jemanden zu stören, dass immer mehr Menschen die Volksrechte als Instrument reicher Männer und gut ausgestatteter Verbände empfinden und weniger als Rechte aller Bürgerinnen und Bürger, mittels derer sie sich um die gemeinsamen Einrichtungen und das Gemeinwohl kümmern können.

Sowohl die Wahlbeobachter der OSZE als auch die Anti-Korruptionsbehörde des Europarates Greco haben die Schweiz in den letzten zehn Jahren schon mehrere Male auf die gravierenden Folgen dieses Defizites aufmerksam gemacht. Die Schweiz ist heute unter den etwa 40 europäischen Demokratien das einzige Land, welches das Verhältnis zwischen Geld und Demokratie in keiner Weise regelt.

Das vorletzte Land mit diesem Manko war Schweden, das die 80 Millionen Franken, die es jährlich an die Parteien verteilte, jahrzehntelang mit einer Vereinbarung der Parteien rechtfertigte; dieses Jahr folgte nun das notwendige Gesetz. Kein Staat dürfte heute Mitglied des Europarates werden, der den Einfluss des Geldes in Wahlen und Abstimmungen nicht gesetzlich zu regeln versucht.

Bundesrätin Sommaruga weiss um die Schäden, welche die Demokratie unter solch defizitären Umständen davonträgt. Folgende Bausteine der Demokratie werden brüchig:

- Die auch im politischen Wettbewerb notwendige Chancengleichheit fehlt. Es herrschen unfaire Wettbewerbsbedingungen.
- Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die politischen Institutionen erodiert. Die Menschen merken, dass Geld die Wahl begünstigt und nicht das bessere Argument, der überzeugendere Einsatz für das Gemeinwohl oder das grössere Engagement.
- Wer über mehr Geld verfügt, wird politisch gewichtiger als derjenige ohne oder mit wenig Mitteln; von der Gleichwertigkeit der Bürger an der Urne als Grundidee der Demokratie kann keine Rede mehr sein.
- Wer merkt, wie einseitig er informiert wird, wendet sich ab; die Voraussetzungen der Teilnahme gehen kaputt.

Bürgerliche Verweigerungshaltung

Mindestens zweimal blitzte Bundesrätin Sommaruga mit entsprechenden, sehr zahmen und umsichtigen Gesetzesvorhaben im Bundesrat ab. Ihre bürgerlichen Kollegen verweigerten sich; sie wollten sich dem Problem nicht einmal stellen.

Dies wiederum illustriert, dass es mit der Konkordanz in Bundesbern mehr als hapert. Denn die Konkordanz ist mehr als eine Dreisatzregel zur parteipolitischen Zusammensetzung des Bundesrates. Sie hat auch eine inhaltliche und prozedurale Dimension. Inhaltlich heisst, dass die beteiligten Parteien und Personen einen minimalen gemeinsamen Schatz an Grundwerten und politischen Zielen teilen. Dazu gehört beispielsweise der Schutz der Menschenrechte und damit auch einer lebendigen, anständigen Demokratie.

Zur prozeduralen Dimension der Konkordanz gehört, dass Vorhaben der einzelnen Regierungsmitglieder nicht ewig und gänzlich übergangen werden dürfen. Schliesslich macht der Bundesrat nur Vorschläge; deren Schicksal wird vom Parlament oder von der Mehrheit der Stimmenden und der Kantone entschieden.

Wohin es führt, wenn begüterte Personen, Interessenorganisationen und Verbände mit ihrem Geld in der Politik machen können, was sie wollen, haben kürzlich die beiden US-Amerikaner John Nichols und Robert McChesney in ihrem Buch «Dollarocracy» beschrieben. Untertitel der 340-seitigen Darstellung: «Wie das Geld Amerika zerstört». Grundthese: «Die USA sind heute eine Demokratie der Wenigen, im Wesentlichen eine Plutokratie». Freie und faire Wahlen seien den Bürgern vom Geld gestohlen worden. Die Macht des Geldes erlaubt den Reichen, ihre Interessen in der Politik durchzusetzen; das Gemeinwohl bleibt auf der Strecke. Es herrsche keine Demokratie mehr in den USA, so Nichols und McChesney, sondern eine «Dollarokratie».

Bundesrätin Sommaruga will verhindern, dass die Demokratie in der Schweiz zur «Frankokratie» wird. Helfen wir ihr dabei. Denn wir müssten in einer Frankokratie am meisten draufzahlen.

Die verlorene Heimat der Demokratie

8.1.2015

Der gewichtigste Baustein der Demokratie ist in den vergangenen Jahrzehnten stark ins Rutschen geraten. Bis die Demokratie ihre Güte wieder entfalten kann, müssen wir erst einen neuen Ort für sie finden. Von **Andreas Gross**

Der bisher für jede Demokratie zentrale, gewichtigste Baustein ist der Staat. Sei dies ein Nationalstaat wie Frankreich oder ein «Multinational-Staat» wie die Schweiz. Dieser Baustein ist in den letzten Jahrzehnten am meisten ins Rutschen geraten und die Bedeutung des Staates, der in und für die Demokratie zentrale Einheit, ist immer relativ geworden. Die Demokratie indes hat keinen neuen Ort gefunden, an dem und mit dem sie das Primat der Politik gegenüber dem Markt und der Ökonomie verteidigen konnte.

Etwa dreihundert Jahre lang bildete der Staat in unterschiedlichen Formen und Festigkeiten den zentralen Lebensraum, vor allem der Europäerinnen und Europäer. Die politische, weltliche Macht in diesem Staat konzentrierte sich beim «Souverän». Lange Zeit und in den meisten Staaten waren dies die Könige, Kaiser oder Fürsten. Sie herrschten in den Staaten.

Aufschwung der Vielen

In den meisten nationalen Revolutionen von 1789, 1830, 1848, 1918 und nach 1945 hat sich das Volk zum «Souverän im Staat» gemacht: Die Vielen traten an die Stelle des Einzigen und der Wenigen. Die «Volkssouveränität» – vom Aufklärer Jean-Jacques Rousseau 1762 in seinem berühmten «contrat social» (Gesellschaftsvertrag) entwickelt und vorweggenommen – wurde in der Demokratie zur einzigen Quelle legitimer, politischer Macht im Staat. In ihrer Verfassung, wie der entsprechende «contrat social» nun hiess, vereinbarten diese Vielen (erst der Männer, später auch der Frauen), wie sie ihre Macht organisieren wollten, das heisst, welche Institutionen aus dieser Quelle der Volkssouveränität in welcher Art gespeist werden sollten.

Zwar existierten auch innerhalb dieser staatlichen Macht andere Ordnungssysteme – zum Beispiel die kapitalistisch organisierte Wirtschaft, die mit ihr nicht ganz identisch waren. Doch die Wirtschaft war trotz der schon sehr früh bestehenden transnationalen Märkte im Wesentlichen immer noch eine «Volkswirtschaft». Das heisst auch, ihr wesentlicher Raum war der Staat. Und so funktionierte sie nach dessen Regeln, also nach den «im Namen des Volkes, dem Souverän», beschlossenen Gesetzen und Verordnungen. Das Primat der Politik galt, der entscheidende Anspruch der Demokratie für die Verwirklichung der Freiheit eines jeden und einer jeder, unabhängig von Geburt, Stand, Besitz oder Einkommen.

In den 1970er-Jahren geriet diese schon immer prekäre Prioritätenordnung ins Rutschen. Über die Gründe lassen sich Bücher schreiben; eines der aufschlussreichsten ist vor bald zwanzig Jahren von Hans-Peter Martin und Harald Schumann verfasst worden und trägt den Titel «Die Globalisierungsfalle». Der demokratiepolitisch relevante Effekt war klar:

Der Staat und sein Souverän wurden mehr und mehr entmachtet. Die entscheidende Ordnungsmacht war nicht mehr der Staat und seine demokratische Politik, sondern der transnationale, globale Markt. Die Staaten vermochten die Märkte nicht mehr einzuhegen und deren Folgen zu zivilisieren.

Jetzt galt es anders herum: Die Märkte betteten die Staaten ein. Jetzt gaben die Global Players den Staaten die Regeln vor. Effizienz, Wettbewerb, Rendite ersetzten Gemeinwohl, Gleichwertigkeit und Rücksichtnahme. Mit den Worten des deutschen Soziologen Wolfgang Streeck bestand die «Rolle der Politik» nun darin, «das Handeln so umfassend wie möglich ökonomischen Gesetzen zu unterwerfen und die soziale Ordnung (und «das Recht», a.g.) laufend an sich ändernde Erfordernisse des wirtschaftlichen Wettbewerbs und gelingender Kapitalakkumulation anzupassen.»

Zu schwach für das Wesentliche

Was gut und richtig ist und vor allem, was uns allen gut tun würde, war jetzt nicht mehr an den Bürgerinnen und Bürger eines Staaten zu entscheiden, sondern Sache des sozial und ökologisch blinden transnationalen Marktes. Die Demokratie hatte ihren Raum, ihren Ort, verloren. Zwar gilt sie immer noch in den Staaten für beschränkte Bereiche. Doch wenn die Staaten auf das Wesentliche, die Früchte und Gestalt unserer Arbeit, keinen entscheidenden Einfluss mehr haben und die Demokratie immer noch an den Staatsgrenzen aufhört, dann ist sie entmachtet. So wie der Staat zu klein wurde für das Grosse, wurde die Demokratie zu schwach für das Wesentliche. So wie in einer Telefonkabine kein schöner Fussball gespielt werden kann, kann die Demokratie ihre Güte heute in keinem Staat mehr entfalten.

Das muss freilich nicht das «Ende der Demokratie» bedeuten. Auch nicht, dass die real existierende Demokratie nur noch zur simulierten «Postdemokratie» verkommen muss. Der Anspruch der Demokratie, Bedingung für die Freiheit aller zu sein, gilt nicht nur nach wie vor, sondern er ist universeller denn je. Wir müssen uns nur bewusst sein, dass die Demokratie zur Verwirklichung dieses Anspruch eines neuen, transnationalen, suprastaatlichen Ortes bedarf. Der ist allerdings noch nicht, ist also ein U-Topos, eine Utopie. Wir müssen also noch etwas tun, damit dieser Ort werden kann. So wie heute alles Politische, auf das wir stolz sind, vor 150 Jahren noch mehr oder weniger utopisch war und viele erst noch einiges haben leisten müssen dafür.

Alleine ohnmächtig, gemeinsam mächtig

22.1.2015

Die Währung der Politik ist die Macht, schreibt unser Kolumnist. Und die hat jeder einzelne Bürger. Und je mehr von ihnen gemeinsam handeln, desto mehr Macht können sie auch realisieren. **Von Andreas Gross**

Politik kann man als die Summe aller Anstrengungen und Kräfte verstehen, welche auf die Gestalt unserer Lebenswelt und die Form unserer Gesellschaften einwirken. Die Demokratie wäre das Gesamtkunstwerk – oder eben Mosaik – aller Regeln, Institutionen,

Verfahren und Qualitäten, welche garantieren, dass zumindest alle Bürgerinnen und Bürger frei sein können.

Das heisst, in einer Demokratie verfügen alle Bürgerinnen und Bürger über das gleiche Recht, auf die Gestaltung der Gesellschaft einzuwirken. Die Verfassung einer Demokratie ermächtigt sie in gleichem Mass, frei und somit ein politischer Akteur zu sein.

Die Währung der Politik, die Form dieser Einflussnahmen und Wirkungen, ist die Macht. Mit ihrer demokratischen Verfassung haben die Bürgerinnen und Bürger jedem Menschen Macht verschafft, jedem Bürger und jeder Bürgerin ab dem 18. Altersjahr sogar noch etwas mehr. Dennoch ist Macht für viele ein negativer, ja schmutziger Begriff.

Weshalb eigentlich? Sind sich viele ihrer Macht nicht bewusst? Oder wissen sie nicht, wie sie sie wahrnehmen können? So konnten sie sie noch nie erfahren und sich ihrer auch nicht wirklich bewusst werden?

Liegt vielen Menschen deshalb die Ohnmacht näher als die Macht, auch wenn sich dies in einer Demokratie seltsam schräg anhört? Oder erfahren so viele Menschen Macht als Objekt und nicht als Subjekt, wie es der demokratische Anspruch wäre? Das heisst, sie erfahren sich als jene, auf welche Macht ausgeübt wird, und nicht als solche, welche ihre Macht in der Gesellschaft zur Geltung bringen können. Verwechseln sie deswegen so oft die Macht mit der Gewalt?

Oder hat der schlechte Ton dieses Begriffs mit seiner negativen Definition zu tun, die heute bei den meisten von uns leider vorherrscht? So etwa in Anlehnung an das nun schon über 100-jährige, folglich lebensgeschichtlich von der kaiserlich-königlichen Obrigkeit geprägte negative Begriffsverständnis des deutschen Soziologen Max Weber (1864–1920), wonach Macht die Kraft ist, jemanden zu einem Handeln veranlassen zu können, das nicht seinem eigentlichen Willen oder gar seinem Interesse entspricht.

Die Parallele zum Fussballspiel

Die Demokratie wird heute von den meisten sehr geschätzt; die direkte Demokratie, welche die politische Macht im Staat weit besser verteilt als die bloss indirekte und den Bürgerinnen und Bürgern weit mehr von ihr überlässt, ganz besonders. Dennoch machen sich die meisten dieser Liebhaber der Demokratie einen negativen Machtbegriff zu eigen. Weshalb dieser Widerspruch? Gleicht diese widersprüchliche Haltung nicht der unmöglichen Vorstellung eines Fussballspielers, der zwar gerne Fussball spielt und gerne Tore schießt, den Ball, gleichsam die Währung des Spiels, aber hasst?

Dabei wissen wir doch, dass die grössten Fussballkünstler wie Lionel Messi oder früher Karli Odermatt den Ball nicht nur lieben, sondern mit den Füßen gleichsam zu streicheln wissen, bevor sie ihn im tiefen Eck zu versenken pflegen. Jedenfalls ist im Fussball jedem klar, was in der Politik den meisten fremd zu sein scheint: Wer schöne Tore schießen will, muss den Ball lieben; es kann kein guter Demokrat sein, der ein negatives, ja gebrochenes Verhältnis zur Macht besitzt.

Da ist es wichtig zu wissen, dass es auch positive Machtverständnisse gibt, die mit den demokratischen Ansprüchen vereinbar sind und deshalb als Bausteine der Demokratie ins öffentliche Bewusstsein gehoben werden müssen. Denn sie verleiten uns nicht zur Passivität, sondern ermutigen uns zum Handeln.

Eine der berühmtesten Steinhauerinnen eines positiven Machtverständnisses, das ohne gewollte oder ungewollte negative Nebenwirkungen für die Demokratie auskommt, war die politische Philosophin Hannah Arendt (1906–1975). Für sie bedeutet Macht die Fähigkeit von Menschen, sich zusammenzufinden und gemeinsam auf die Gesellschaft einzuwirken, zu handeln.

Die Macht steckt in jedem Menschen

Je mehr Menschen gemeinsam für ähnliche Ziele zu handeln verstehen, desto mehr Macht können sie realisieren, das heisst, desto besser gelingt es ihnen, die Lebenswelt und die Beziehungen der Menschen zueinander in ihrem Sinn zu verändern.

Dabei betont Hannah Arendt, dass in jedem Menschen Macht als Potenzial schlummert, er diese aber nur zusammen mit anderen realisieren kann. Mit anderen Worten: Zwar kann man mit viel Glück und einigem Talent möglicherweise alleine reich werden, doch politisch kann man alleine höchstens verzweifeln. Politisch kann uns nur dann etwas gelingen, wenn wir verstehen, zueinander zusammenzufinden, uns zu «organisieren», und lernen, gemeinsam zu handeln.

Allein lassen wir die Macht, die als Möglichkeit in uns schlummert, verkümmern; alleine bleiben uns bloss die Ohnmacht und dann die Verzweiflung. Mit vielen anderen könnten wir aber Berge versetzen; wir müssen die andern aber erst finden, uns untereinander verständigen, einander überzeugen, wie wann was weshalb gemeinsam zu tun ist.

Wer also anderen Menschen aus dem Weg geht, ihnen ausweicht, statt auf sie zu gehen, der muss sich nicht wundern, wenn er sich ohnmächtig fühlt. Er wird wohl nicht einmal seine institutionalisierte Bürgermacht, das Wählen und Abstimmen, wahrnehmen, die er auch alleine realisieren könnte. Denn mit den vielen anderen ist ihm eigentlich längst die ganze Gesellschaft fremd geworden, die mitzugestalten die Freiheit ihn einlädt.

So verkommt auch die Freiheit zum vermeintlichen Anspruch, von allen anderen einfach in Ruhe gelassen zu werden. So wie der Frieden mit der Ruhe auf dem Friedhof verwechselt wird. Der Friedhof, auf dem es kein Leben und kein Handeln mehr gibt und sich eine andere Macht der anderen Art durchgesetzt hat, der Tod.

c/o SP Kanton Solothurn
Postfach 1555
4502 Solothurn
www.wrb-so.ch



Wir freuen uns auf Dich!

Das Kernteam der WRB

Januar 2015/NW

Dank an alle bisherigen Spenderinnen und Spender: Konto 45-171365-9

Stand: 14. Januar 2015 (Irrtum Vorbehalt)

Roland Ziegler, Unternehmer
Sozialdemokratische Partei des Kantons Solothurn
Gewerkschaftsbund Kanton Solothurn
Andreas Gross, Nationalrat
Prof. Uchtenhagen, Zürich
Roberto Zanetti, Ständerat
Daniela Gerspacher, Oensingen
Teilnehmerin (Barspende), Name nicht mehr bekannt
Ruth Bürgler, Trimbach
Jörg von Arx, Olten
Irene Lüscher, Bellach
Conny Wagner, Sursee
Georg Hasenfratz, Olten

http://www.tageswoche.ch/de/2014_43/schweiz/671250/Das-Mosaik-der-Demokratie.htm

http://www.tageswoche.ch/de/2014_46/schweiz/672981/Ohne-Zivilgesellschaft-keine-Demokratie.htm

<http://www.tageswoche.ch/de/202/schweiz/674276/Diskussion-als-Seele-der-Demokratie.htm>

http://www.tageswoche.ch/de/2014_50/schweiz/675555/Gemeinwohl-statt-Geldherrschaft.htm

http://www.tageswoche.ch/de/2015_02/schweiz/677322/Die-verlorene-Heimat-der-Demokratie.htm

http://www.tageswoche.ch/de/2015_04/schweiz/678419/Alleine-ohnmächtig-gemeinsam-mächtig.htm